

Ehrlicher, Werner; Cansier, Dieter

**Article — Digitized Version**

## Antizyklische Variation des Staatsausgaben als Instrument der Konjunkturpolitik

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Ehrlicher, Werner; Cansier, Dieter (1972) : Antizyklische Variation des Staatsausgaben als Instrument der Konjunkturpolitik, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 52, Iss. 12, pp. 669-673

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134483>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

## Antizyklische Variation der Staatsausgaben als Instrument der Konjunkturpolitik

Werner Ehrlicher, Dieter Cansier, Freiburg i. Br.

Die theoretische Konzeption der antizyklischen Konjunkturpolitik und ihr Einsatz in verschiedenen Ländern haben seit der Weltwirtschaftskrise mannigfache Wandlungen durchlaufen. Zunächst wurde den geldpolitischen Instrumenten die dominierende Rolle zugeschrieben. Keynes maß der Finanzpolitik stärkere Bedeutung bei; er beurteilte die Wirkungsmöglichkeiten der Steuer- und Ausgabenpolitik grundsätzlich als gleichrangig. In der praktischen Wirtschaftspolitik wurde zunächst der Ausgabenpolitik, da sie die monetäre Gesamtnachfrage unmittelbar beeinflusst, größere Bedeutung zugeschrieben. Später wurden zunehmend steuerpolitische Maßnahmen, die über das Verfügungseinkommen die Konsum- und/oder Investitionsgüternachfrage der Privaten beeinflussen, bevorzugt.

### Zunehmende Skepsis gegen die antizyklische Ausgabenpolitik

In jüngster Zeit steht in dem noch anhaltenden Streit zwischen Monetaristen und Fiskalisten wieder die alte Frage im Vordergrund, ob die Geldpolitik oder die Finanzpolitik das zweckmäßigere konjunkturpolitische Instrument sei. Der Ansatzpunkt hat sich jedoch auf beiden Seiten gegenüber der Diskussion in den dreißiger Jahren verschoben: Die Monetaristen denken an eine Glättung der Konjunktur durch eine langfristig orientierte konjunkturneutrale Geldschöpfungspolitik, und auch die Fiskalisten sind nicht mehr so einseitig kurzfristig orientiert wie in den dreißiger Jahren. Damit hängt es auch zusammen, daß die Eignung der Staatsausgabenvariation als konjunkturpolitisches Instrument heute von beiden Seiten in Frage gestellt wird.

Während die Kontroverse „Geldpolitik versus Finanzpolitik“ auf unterschiedlichen geldtheore-

tischen (und auch ideologischen) Grundpositionen beruht, geht die zunehmende Skepsis gegen die antizyklische Ausgabenpolitik auf Veränderungen in den strukturellen Bedingungen des Wirtschaftsablaufs zurück. Die in den dreißiger Jahren entwickelten Theorien suchten die Erklärung für die unzulängliche Steuerung der Wirtschaftsentwicklung auf kurze wie auch auf längere Sicht in den Bewegungen der monetären Gesamtnachfrage; sowohl die Konjunkturtheorie dieser Jahre wie auch die Theorie der säkularen Stagnation basieren auf der Idee eines ungenügenden Wachstums der monetären Gesamtnachfrage. Mangelnde Auslastung der vorhandenen Produktionsanlagen, unzureichende Schaffung neuer Arbeitsplätze für die zuwachsenden Arbeitskräfte und die Sorge vor möglicher Deflation beherrschten die dreißiger Jahre. Nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges wurde von vielen erwartet, daß dies wieder die zentralen ökonomischen Probleme der Zukunft sein würden.

Die Entwicklung verlief völlig anders:

Die traditionellen Konjunkturzyklen mit einer Dauer von 7 bis 10 Jahren, die durch starke Rückgänge der absoluten Höhe des Produktionsniveaus

*Prof. Dr. Werner Ehrlicher, 52, ist Direktor des Instituts für Spar-, Giro- und Kreditwesen und des Instituts für Finanzwissenschaft an der Albert-Ludwigs-Universität in Freiburg i. Br. Seine Arbeitsgebiete umfassen insbesondere Geldtheorie und Finanzwissenschaft. Dr. Dieter Cansier, 31, Diplom-Volkswirt, ist Assistent am Institut für Finanzwissenschaft der Albert-Ludwigs-Universität.*

und hohe Arbeitslosenzahlen gekennzeichnet waren, traten nach dem Zweiten Weltkrieg nicht wieder auf. Die heutigen Wachstumszyklen haben eine durchschnittliche Dauer von nur 3 $\frac{1}{2}$  bis 4 Jahren; in den Abschwungsphasen hält in der Regel das Wachstum des Sozialprodukts an; lediglich die Zuwachsraten gehen zurück.

Die Situation des tendenziellen Nachfragemangels stellte sich nach dem Wiederaufbau der im Krieg zerstörten Volkswirtschaften nicht wieder ein. Die Ansprüche des Staates und der Privaten an das Sozialprodukt gingen meist über die vorhandenen Produktionsmöglichkeiten hinaus.

An die Stelle der Sorge vor drohender Deflation ist das Problem der schleichenden Inflation, seit dem 5. Wachstumszyklus das Problem der akzelerierenden Inflation getreten.

### Neue Aufgabenstellung der Konjunkturpolitik

Die Aufgabe der Konjunkturpolitik hat sich damit grundlegend verändert. Die im einzelnen sehr vielschichtigen Konsequenzen lassen sich auf drei Thesen reduzieren:

Instrumente, deren Wirkung erst mit einer gewissen Zeitverzögerung einsetzt, sind angesichts der kurzen Dauer der Wachstumszyklen unbrauchbar, da sie zu prozyklischen Effekten führen können.

Das dominierende Problem der Konjunkturpolitik ist nicht mehr – wie im traditionellen Konjunkturzyklus – die Überwindung des Abschwungs, sondern die Dämpfung inflationistischer Überhitzung im Aufschwung.

Die zur Bekämpfung der Inflation eingesetzten Instrumente dürfen – angesichts der Priorität, die der Ausweitung der Produktionsmöglichkeiten aus nationalen und internationalen Gründen zugeschrieben wird – die Versorgung mit öffentlichen Gütern nicht beeinträchtigen.

Diese drei Thesen, die im folgenden näher erörtert werden sollen, sprechen dafür, antizyklische Ausgabenvariationen heute – abgesehen von den in der Nachkriegszeit seltenen Phasen stärkerer Rezessionen – nicht mehr als konjunkturpolitisches Instrument einzusetzen.

### Bedenken aufgrund zeitlicher Verzögerungen

Die Probleme, die aus der zeitlichen Verkürzung der Wachstumszyklen resultieren, müssen im Zusammenhang mit dem an zweiter Stelle genannten Problem gesehen werden, daß es sich heute immer mehr um die Dämpfung der inflationisti-

schen Übersteigerung des Aufschwungs als um die Belebung aus einer Rezession handelt. In der traditionellen Theorie wurde die antizyklische Ausgabenpolitik, insbesondere in Hinblick auf ihren schnellen Einsatz, in der Regel nur auf ihre Anwendung in expansiver Richtung durchdacht. Für eine schnelle und spontane Ausweitung der Staatstätigkeit läßt sich relativ leicht Vorsorge treffen. Da die Bereiche, in denen sich konjunkturelle Einbrüche am frühesten und am stärksten durchsetzen, in der Regel die gleichen sind, können Ausgabenprogramme detailliert vorbereitet und auch vorsorglich im Gesetzgebungswege als Notprogramme verabschiedet werden.

Der Möglichkeit einer schnellen Kürzung der Staatsausgaben stehen demgegenüber sehr viel größere Schwierigkeiten entgegen. Ad-hoc-Kürzungen sind kaum durchzusetzen; auch die Möglichkeiten, für den Bedarfsfall Vorsorge zu treffen, sind sehr viel geringer. Der Entlassung von Arbeitskräften stehen große Schwierigkeiten entgegen. Bei Beamten ist dies überhaupt nicht, bei Angestellten nur bedingt und mit ziemlicher Verzögerung möglich; auch hinsichtlich der Arbeiter bestehen erhebliche Hemmnisse. Eine Einschränkung ist in der Regel nur in der Weise möglich, daß Stellen, die durch Arbeitsplatzwechsel oder durch Erreichung der Altersgrenze frei werden, nicht wieder besetzt werden. Diese Maßnahmen werden nur mit erheblichen Zeitverlusten wirksam. Die Kürzung der Entlohnungssätze oder auch nur der Versuch, sie mit einer geringeren Rate als in der Wirtschaft ansteigen zu lassen, ist – abgesehen von den anschließend zu besprechenden Schwierigkeiten der politischen Durchsetzbarkeit – in jedem Fall zeitraubender als die Gewährung von Lohnzuschlägen. Für Rentenzahlungen gilt ähnliches.

Etwas anders liegen die Dinge im Bereich der Sachausgaben, d. h. also insbesondere der staatlichen Investitionstätigkeit. Auch hier können zwar vorbereitete Programme schneller gestartet als laufende Objekte in ihrer Weiterführung gestoppt werden. Die einzelnen Programme lassen sich jedoch meist in mehrere Abschnitte einteilen, wobei die Vergabe der späteren Programme nicht definitiv zugesagt werden muß, so daß die Fortführung eines Projekts nach Ablauf eines Abschnittes in der Regel unterbrochen werden kann. Die kurzfristige Absetzung – gerade von Bauprojekten – führt in der Regel jedoch zu erheblichen Kostensteigerungen. Der antizyklischen Kürzung von Sachausgaben stehen weniger Hemmnisse der politischen Durchsetzbarkeit als die an dritter Stelle zu behandelnden allokatons- und wachstumspolitischen Gesichtspunkte entgegen.

Die hier unter dem Zeitaspekt vorgetragenen Bedenken gegen eine antizyklische Ausgabenpolitik richten sich gegen den Versuch der Bekämpfung von Überhitzungserscheinungen innerhalb eines sich insgesamt nur über 3½ bis 4 Jahre erstreckenden Zyklus. Maßnahmen, deren Wirkung erst ein Jahr später nach dem Umschwung der konjunkturellen Entwicklung einsetzen, werden sich erst voll entfalten, wenn bereits wieder eine Gegensteuerung in anderer Richtung gewünscht ist.

Eine ganz andere Frage ist es, inwieweit über den Zyklus hinweg – also mittel- bis längerfristig – eine geringere Steigerungsrate der Staatsausgaben vorzusehen und damit über die öffentliche Komponente der monetären Gesamtnachfrage eine Dämpfung der von anderen Komponenten ausgehenden Inflationstendenzen anzustreben wäre. Dieses Problem steht hier – und zwar gerade unter dem Zeitaspekt – zunächst nicht zur Diskussion.

Aus der Tatsache, daß sich das Schwergewicht der Konjunkturpolitik von den expansiven Maßnahmen zur Überwindung einer Rezession auf die Bekämpfung inflationistischer Überhitzungserscheinungen im Aufschwung verlagert hat, ergeben sich besondere Probleme für die politische Durchsetzbarkeit antizyklischer Maßnahmen. Während früher die Parlamente ihre Aufgabe darin sahen, die Ausgabenfreudigkeit der Regierungen zu dämpfen, neigen sie heute sehr viel eher zu Ausgabenerhöhungen als zu Ausgabenkürzungen. Sie erhalten dabei aus breiten Schichten der Bevölkerung Unterstützung, die der Kürzung bzw. einem verlangsamten Wachstum bestimmter Ausgabearten nachhaltigen Widerstand entgegensetzen. Daraus resultieren unter den gegebenen Bedingungen für eine antizyklische Staatsausgabenpolitik erhebliche Schwierigkeiten.

#### Die Irreversibilität von Ausgabenerhöhungen

Eine antizyklische Ausgabenpolitik ist – eine gewisse zeitliche Flexibilität einiger Ausgabenarten vorausgesetzt – nur möglich, wenn einerseits im Auf- und Abschwung etwa gleich starke Aktivitäten zur Gegensteuerung nötig sind und andererseits die Möglichkeiten der politischen Durchsetzbarkeit in beiden Konjunkturphasen etwa gleich sind. Beide Bedingungen sind jedoch – und zwar mit sich gegenseitig verstärkender Wirkung – nicht erfüllt. In den Phasen rückläufiger Wirtschaftstätigkeit gingen in der Nachkriegszeit – abgesehen von der Depressionsphase 1966/67 – immer nach relativ kurzer Zeit zureichende Impulse von den Marktkräften, insbesondere von der im Abschwung zunehmenden Auslandsnachfrage, aus. Expansiv wirkende Steigerungen der Staatsausgaben waren in diesen Phasen im Interesse eines

Abbaus der im vorhergehenden Aufschwung erreichten Inflationsraten meist nicht gewünscht. Das Gewicht der Konjunktursteuerung lag also einseitig in der Phase des Aufstiegs.

Die in dieser Phase adäquate Ausgabenpolitik – nämlich Ausgabenkürzung – ist politisch jedoch sehr viel schwerer durchsetzbar als die zur Rezessionsbekämpfung erforderliche Ausgabenerhöhung. Dadurch ergibt sich eine antinomische Konstellation, die eine antizyklische Ausgabenpolitik sehr erschwert, da sie auf eine von Zyklus zu Zyklus weitere Kürzung der Staatsausgaben hinauslaufen müßte. Man könnte allenfalls argumentieren, daß in Phasen rückläufiger Wirtschaftstätigkeit versucht werden könnte, ohne gezielten konjunkturpolitischen Effekt das alte Niveau der Staatstätigkeit – bzw. in wachsender Wirtschaft die alte Staatsquote – wieder zu erreichen.

Es stellt sich dann allerdings die Frage, welche Arten von Staatsausgaben für eine derartige Politik in Frage kämen. Die Masse der Staatsausgaben ist irreversibel – d.h., daß das einmal erreichte Niveau der Ausgaben nicht oder kaum



**Walter de Gruyter**  
**Berlin · New York**

**William G. Cochran**

**Stichprobenverfahren**

Gr.-Okt. 474 S. 1972. Geb. DM 86,–  
ISBN 3 11 002040 8

**Dieter S. Koreimann**

**Systemanalyse**

Gr.-Okt. Etwa 224 S. 1972. Geb. DM 34,–  
ISBN 3 11 003809 9 (de Gruyter Lehrbuch)

**Gerhard Niemeyer**

**Ein integriertes Datenverarbeitungs-  
und Informationssystem mit  
Programmen für einen Modellbetrieb**

Gr.-Okt. 212 S. 1972. Geb. DM 52,–  
ISBN 3 11 003807 2

(IS-Informationssysteme. Hrsg. S. Dworatschek)

**S. Dworatschek / H. Donike**

**Wirtschaftlichkeitsanalyse  
von Informationssystemen**

Gr.-Okt. 130 S. mit 31 Abb. 1972. Geb. DM 38,–  
ISBN 3 11 004107 3

(IS-Informationssysteme. Hrsg. S. Dworatschek)

mehr reduzierbar ist. Das gilt sowohl für die Leistungen, die der Staat den Bürgern kostenlos zur Verfügung stellt, wie auch hinsichtlich der Ansprüche, die die Staatsbediensteten an ihn als Arbeitgeber richten.

Eine antizyklische Ausgabenpolitik würde voraussetzen, daß beim Staat ständig bestimmte Aufgaben anfallen, die innerhalb eines relativ kurzen Zeitraumes zu einem endgültigen Abschluß gebracht werden könnten. Dies gilt nur in engen Grenzen für kleinere Investitionsvorhaben oder für Teilabschnitte größerer Investitionsprojekte. Damit stehen wir wieder vor der Problematik einer antizyklischen Investitionstätigkeit des Staates, über die später zu sprechen sein wird.

#### Das Problem der staatlichen Personalausgaben

Ein erheblicher Teil der Staatsausgaben entfällt auf Personalausgaben. Die Interessen der Staatsbediensteten werden durch Organisationen vertreten, die etwa die gleichen Einkommensverbesserungen wie in der privaten Wirtschaft anstreben. Dort orientieren sich die Lohnerhöhungen am

Produktivitätsfortschritt, an den erwarteten Preissteigerungen und der angestrebten Umverteilungsrate. Dabei folgt die Lohnentwicklung dem Konjunkturverlauf mit einer gewissen Verzögerung die jedoch nicht so groß ist, daß verstärkte Lohnerhöhungen erst im Abschwung einsetzen würden. Diese fallen vielmehr gerade in jenen Abschnitt des Zyklus, in dem die Einleitung konjunkturdämpfender Maßnahmen angebracht wäre. Es bedarf keiner ausführlicheren Diskussion, daß es politisch nicht durchsetzbar ist, in einer Situation in der die Löhne der in der Wirtschaft Beschäftigten stärker steigen, die Einkommen der Staatsbediensteten relativ zu kürzen. Die gleichen Zusammenhänge gelten in ähnlicher Form für dynamisierte Renten. Ein wesentlicher Teil der Staatsausgaben wirkt also unvermeidlich prozyklisch.

#### Die Flexibilität von Investitionsausgaben

Umfassende längerfristige Ausgabenprojekte werden in der Regel in Wahlprogrammen und der darauf basierenden Regierungserklärungen festgelegt. Soweit es sich dabei um Personalaufwendungen handelt, werden die Betroffenen durch ihre Interessenvertretungen darauf bestehen, daß diese Ausgaben ohne Rücksicht auf konjunkturelle Erwägungen vorgenommen werden. Bei Sachprojekten, wie etwa bei dem zu Beginn der letzten Legislaturperiode angekündigten und für den Zeitraum bis 1985 vorgesehenen Ausbau der Infrastruktur wird kein so unmittelbarer Druck von Interessenorganisationen auf die Durchführung dieser Aufgaben ausgeübt. Diese Aufgaben müssen vielmehr aus dem Kreis der Regierung bzw. des Parlaments vorangetrieben werden. Aufgrund des mangelnden Drucks aus der Öffentlichkeit sind Kürzungen im Bereich dieser Aufgaben politisch leichter durchsetzbar bzw. die Durchführung geplanter Projekte kann ausgesetzt werden. Deshalb setzen die antizyklischen Ausgabenkürzungen auch in der Regel bei Investitionsvorhaben an.

Die Forderung nach antizyklischer Finanzpolitik wurde über Jahrzehnte so stark in den Vordergrund gestellt, daß die ursprüngliche Aufgabe der Finanzwirtschaft, für die Bereitstellung öffentlicher Güter zu sorgen, etwas in den Hintergrund trat. Die antizyklische Ausgabenpolitik beeinträchtigt unter den heutigen Bedingungen auf längere Sicht die Erfüllung dieser Hauptaufgabe der Finanzwirtschaft. Dies ist der wichtigste Einwand gegen eine antizyklische Ausgabenpolitik.

#### Störung der Faktorallokation

Die Leistungen, die der Staat erstellt und zu deren Erfüllung er Ausgaben tätigt, haben sehr unterschiedlichen Charakter. Auf die Wahrnehmung

Dr. Gablers Wirtschaftsberater

## Praktisches Kaufmannswissen

Das Handbuch für alle kaufmännischen Bereiche

Band I: 740 Seiten, 4 Falttafeln, 4 Kunstdrucktafeln

Band II: 614 Seiten

Preis je Band 39,90 DM

(Lexikonformat 17 × 24 cm, dauerhafter Kunststoffeinband)

Dieses Handbuch gibt Gelegenheit, alle Bereiche des Wirtschaftslebens kennenzulernen. Sein besonderer Vorzug ist seine Praxisnähe. Die einzelnen Autoren - jeder ein Fachmann auf seinem Gebiet - haben sich bemüht, den Stoff so praxisnah wie möglich darzubringen. Aus diesem Grunde sind eine Menge Abbildungen und Formulare, Übersichten und Schemata in den Text eingefügt worden. Das Buch ist deshalb nicht nur ein Ausbildungswerk für den angehenden Kaufmann, sondern ebenso ein Nachschlagewerk für den erfahrenen Praktiker und ein Rezeptbuch für schwierige kaufmännische und unternehmerische Entscheidungen. Jeder Beitrag endet mit Fragen und Antworten zur Selbstprüfung. Ein ausführliches Stichwörterverzeichnis erleichtert das Auffinden der einzelnen Begriffe.

Betriebswirtschaftlicher Verlag  
Dr. Th. Gabler, 62 Wiesbaden 1

der traditionellen Staatsaufgaben – Verwaltung, Sicherheit nach innen und außen – entfällt nur ein beschränkter Teil der Gesamtausgaben. Hinsichtlich dieser Staatsleistungen könnte man, obwohl auch sie als öffentliche Güter anzusehen sind, das Postulat einer Minimierung der Staats-tätigkeit vertreten. Der größere Teil der Staatsausgaben ist jedoch als Bereitstellung von Produktions- und Konsumtionsgütern anzusehen. Die entsprechenden Güter und Dienste gehen entweder als Vorleistungen in den Produktionsprozeß ein (z. B. Verkehrsleistungen) oder sie dienen dem Konsum (z. B. Sportstadien, Schwimmhallen). Eine unzulängliche Bereitstellung öffentlicher Produktionsgüter führt zu Disproportionalitäten im Produktionsprozeß und damit zu einem suboptimalen Produktionsergebnis. Die unzureichende Bereitstellung öffentlicher Konsumgüter hat zur Folge, daß die Haushalte mit Gütern, denen sie eine höhere Priorität zumessen, in zu geringem Umfange versorgt werden und das Nutzenoptimum dadurch nicht erreicht wird.

Die unzureichende Bereitstellung von öffentlichen Gütern ist also in der gleichen Weise wie unzulängliche Produktion einzelner privater Güterarten als Faktorfehlallokation anzusprechen und hat gesamtwirtschaftliche Wohlfahrtsverluste zur Konsequenz.

#### **Verschlechterung der Versorgung mit öffentlichen Gütern**

Die Frage, inwieweit in der Nachkriegsentwicklung ein Gleichgewicht in der Versorgung mit privaten Gütern erreicht oder erhalten wurde, läßt sich nicht mit wissenschaftlichen Methoden beantworten, da es sich um ein Bewertungsproblem handelt. In der Öffentlichkeit überwiegen seit längerer Zeit die Stimmen, die von einer unzureichenden Versorgung mit öffentlichen Gütern sprechen. In der vergangenen Legislaturperiode wurde mit dem geplanten Ausbau der Infrastruktur noch kaum begonnen. Die Notwendigkeit erhöhter Aufwendungen in dieser Richtung wurde im vergangenen Wahlkampf kaum von irgendeiner Seite bestritten. Wir können dementsprechend davon ausgehen, daß die Mehrheitsmeinung, die hier das einzige Kriterium darstellt, die Versorgung mit öffentlichen Gütern für suboptimal hält.

Eine antizyklische Ausgabenpolitik würde unter den heutigen Bedingungen die unterstellte Diskrepanz zwischen der Versorgung mit öffentlichen und privaten Gütern laufend verschlechtern. Wir haben dargelegt, daß der „Bedarf“ an antikonjunktureller Ausgabenpolitik einseitig auf die Aufschwungsphasen entfällt. Es sei diesbezüglich nur auf die Situation zwischen der Abschwungsphase des 5. und der Aufschwungsphase

des 6. Nachkriegswachstumszyklus (1971) verwiesen; der Vorschlag, in dieser Situation, in der sich die Inflationsrate bei 5% bewegte, unter konjunkturellem Aspekt einen „Nachholbedarf“ in der Bereitstellung öffentlicher Güter zu decken, wäre sicher allgemein als abwegig angesehen worden. Die einseitige antizyklische Ausgabenpolitik hätte also heute eine von Zyklus zu Zyklus weiter eingeschränkte Versorgung mit öffentlichen Gütern und damit ein immer weiteres Abweichen vom Wohlfahrtsoptimum zur Folge.

Die heute von den verschiedensten Seiten vortragenen Forderungen nach einem konjunkturgerechten Ausgabeverhalten des Staates zur Bekämpfung des Inflationsprozesses sind insofern nicht ursachenadäquat, als dieser Inflationsprozeß nicht eine auf die Aufstiegsphasen beschränkte Erscheinung ist, sondern auch in den Abschwungsphasen anhält. Der fortschreitende Inflationsprozeß ist also offenbar nicht oder jedenfalls nicht in erster Linie ein Problem des zyklischen Wachstumsverlaufs. Er kann daher auch nicht sinnvoll mit einem Instrument der antizyklischen Politik bekämpft werden.

Wenn wir festgestellt haben, daß gegenwärtig eher eine unter- als eine überoptimale Versorgung mit öffentlichen Gütern vorliegt, dann ist dies ein weiterer wichtiger Einwand gegen ein antizyklisches Instrument, das diese Diskrepanz unter den gegebenen Bedingungen verschärfen würde.

#### **Ausgleich über die private Nachfrage**

Wenn der anhaltende Inflationsprozeß gestoppt und das vermutete Ungleichgewicht zwischen der Bereitstellung öffentlicher und privater Güter beseitigt wäre, könnte die Frage nach der Zweckmäßigkeit einer antizyklischen Ausgabenpolitik unter veränderten Bedingungen geprüft werden. In diesem Falle wären die Wohlfahrtsverluste einer antizyklischen Staatsausgabenpolitik, die aus der Unterversorgung mit öffentlichen Gütern resultieren, mit den Wohlfahrtsgewinnen aus der Dämpfung der Konjunkturschwankungen zu vergleichen. Auch dann wäre noch zu überlegen, ob die Wohlfahrtsgewinne aus einer Verstärkung des Konjunkturverlaufs nicht durch konjunkturpolitische Mittel erzielt werden könnten, die mit geringeren Wohlfahrtseinbußen als die antizyklische Ausgabenpolitik verbunden wären. Da man davon ausgehen muß, daß die Wachstumsschwankungen in Bewegungen der privaten Nachfrage begründet sind, liegt es nahe, nach konjunkturpolitischen Instrumenten zu suchen, die – wie die Steuerpolitik, die Geldpolitik und die Einkommenspolitik – den Ausgleich über die private Nachfrage herbeizuführen vermögen.